Morgen-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro Gm. b. H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Sonnabend, 7. November	Nr. 1482

UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES LIBRARY NOV 25 1936

Neuordnung der sozialen Fürsorge für Schauspieler.

Berlin, 6. November. Der Präsident der Reichskulturkammer, Reichsminister Dr. Goebbels hat gemäß seiner Ankündigung aus Anlaß der Errichtung der Stiftung „Künstlerdank" in Höhe von 2 Millionen RM nunmehr angeordnet, daß sofort eine grundlegende **Neuordnung der sozialen Fürsorge für die deutschen Schauspieler,** insbesondere hinsichtlich einer ausreichenden **Altersversorgung** in Angriff genommen werden soll.

Mit der Durchführung dieser Aufgaben hat Reichsminister Dr. Goebbels den Schauspieldirektor Ludwig Körner beauftragt, der zu diesem Zwecke in die Reichstheaterkammer entsandt wird und dort die Bearbeitung aller sozialen Angelegenheiten übernimmt.

Kundgebung der NSG „Verkehr und öffentliche Betriebe".

Berlin, 7. November. Als Abschluß der Arbeitstagung der Reichsbetriebsgemeinschaft Verkehr und öffentliche Betriebe fand am Freitag abend in der Deutschlandhalle eine große Kundgebung statt.

Nach einem kurzen Gedenken der Toten der Bewegung und der Opfer der Arbeit leiteten Liedervorträge zu der Ansprache des **Staatssekretärs Ohnesorge** über.

Die Reichspost habe sich, so betonte Staatssekretär Ohnesorge, das Hochziel gesetzt, ihren riesigen Apparat voll und ganz dem Führer zur Verfügung zu stellen. Wie in der Vergangenheit, so werde die Reichspost auch in Zukunft stets bestrebt sein, außerordentliche Leistungen zu vollbringen.

Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen **Dr. Todt** wies darauf hin, daß heute im Fernkraftfahrer ein neuer Verkehrsteilnehmer vorhanden sei, in dem die vor 200 Jahren in Europa lebendig gewesene Zunft der Fuhrleute widererstehe. Dr. Todt befaßte sich sodann mit den Autobahnen. Schon die ersten Zählungen hätten Aufschluß gegeben über die ungeheure Leistungsfähigkeit dieser Straßen. Zwischen Nosenheim und München seien innerhalb von 20 Stunden 40 000 Fahrzeuge gezählt worden.

Gegen ihren Willen sei die Reichsbahn konserviert, so hob der stellvertretende Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn **Kleinmann** nach der Ansprache Dr. Todts hervor, aus dem Reich herausgenommen worden. Diese Maßnahme habe jedoch den einen Vorteil gehabt, daß sie es möglich gemacht habe, sich von Parteieinflüssen und Sonderinteressen fernzuhalten. Heute sei Regierung und Reichsbahn eine Einheit. Die Reichsbahn mache sich den Einsatz für das große Wiederaufbauwerk zur Ehrenpflicht. Auch auf sozialem Gebiet werde ganze Arbeit geleistet.

Gaubetriebsgemeinschaftsleiter **Dr. Körner** betonte, der Sinn dieser Kundgebung sei, die Männer der deutschen Verkehrswirtschaft zur aktiven Mitarbeit an den Aufgaben der Zukunft aufzufordern.

Hierauf ergriff **Dr. Ley** das Wort zu einer Ansprache: Solange die Menschheit bestehe, sei um die soziale Ordnung gerungen worden. Sozialismus sei Gerechtigkeit, Recht sei, was dem Volke nütze, und dem Volk nütze, was Deutschland ewig mache. Es gelte, auch in der Zukunft Opfer zu bringen und alle Kräfte einzusetzen. Zur Lohnfrage bemerkte Dr. Ley, daß es eine Lüge sei, wenn heute immer noch einige Gegner behaupteten, die Löhne würden abgebaut. In ganz Deutschland sei noch in keinem Betriebe eine Lohnkürzung erfolgt, im Gegenteil seien zahlreiche Tarifverbesserungen und andere materielle Mehrleistungen durchgeführt worden. Auch die Preise würden unter allen Umständen gehalten werden. Hieran müßten aber auch alle Volksgenossen mitarbeiten. Nur wenn jeder von der Richtigkeit der Regierungsmaßnahmen überzeugt sei, könne ganze Arbeit geleistet werden.

Der neue deutsche Schiedsrichter für Oberschlesien.

Beuthen, 6. November. Der neuernannte deutsche Schiedsrichter am Schiedsgericht für Oberschlesien, Oberlandesgerichtspräsident Freiherr von Steinäcker-Breslau wurde am Freitag in sein Amt eingeführt.

Der Besuch Becks in London.

Warschau, 6. November. Wie amtlich bekanntgegeben wird, wird sich der polnische Außenminister Beck am Sonnabend um 13 Uhr mit dem Nordexpreß auf Einladung der englischen Regierung zu einem offiziellen Besuch nach London begeben, um den Besuch zu erwidern, den der jetzige Außenminister Eden im Jahre 1935 in Warschau gemacht hatte.

Minister Beck, der am Sonntag mittag in London eintrifft, wird am Dienstag vom englischen König empfangen werden.

Dem Besuch Becks sieht man in London mit Spannung entgegen. Man vermutet, daß dieser Besuch Gelegenheit zu einer gründlichen Aussprache zwischen den Außenministern Englands und Polens über europäische Fragen geben werde.

Diese Annahme wird durch eine Erklärung bekräftigt, die Außenminister Beck dem Vertreter des Reuter-Büros in Warschau gab. Er sagte darin u. a.: „Ganz abgesehen von der erheblichen Verschiedenheit der politischen Belange Englands und Polens glaube ich doch, daß die Grundlage zu einem ersprießlichen Meinungsaustausch über Angelegenheiten des europäischen Kontinents gegeben ist, da die Politik Londons und Warschaus sich dadurch kennzeichnet, daß sie sich bemüht, die Beziehungen der Staaten untereinander zu stabilisieren und Schwierigkeiten auszuräumen."

Fortsetzung der Unterhaus-Aussprache über die Dankadresse.

London, 6. November. Das Unterhaus begann am Freitag mit der Aussprache über den Abänderungsantrag der Labour-Opposition zur Dankadresse an den König. In dem Abänderungsantrag wird die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung angegriffen, und es wird erklärt, daß die Verschlechterung der körperlichen Tüchtigkeit des englischen Volkes hauptsächlich auf die Arbeitslosigkeit, die niedrigen Löhne und die Unterernährung sowie auf die Vernachlässigung der Elendsgebiet zurückzuführen sei.

Der Gesundheitsminister Sir Kingsley Wood gab eine Erklärung über die Regierungspläne für die körperliche Ertüchtigung des englischen Volkes ab und wies in diesem Zusammenhang besonders auf den Wert sportlicher Uebungen und Spiele hin. Die Regierung wolle im Zusammenhang mit bestehenden Verbänden die Schaffung neuer Klubs für junge Leute und neuer Gemeinschaftsstätten unterstützen. Auch der Wohnungsfrage werde die Regierung ihre erhöhte Aufmerksamkeit widmen. In der Beseitigung der Elendswohnungen seien bereits beträchtliche Fortschritte erzielt worden.

Protokoll über Humanisierung des U-Boot-Krieges.

London, 6. November. Das Protokoll über die Humanisierung der U-Boot-Kriegführung wurde in London in Form eines Weißbuches veröffentlicht. Es enthält zwei Bestimmungen:

1. Bei Maßnahmen gegen Handelsschiffe müssen sich Unterseeboote an die internationalen Rechtsbestimmungen halten, denen die Oberwasserschiffe unterliegen.

2. Im besonderen darf in Zukunft ein Kriegsschiff, sei es ein Oberwasserschiff oder ein Unterseeboot, ein Handelsschiff nicht versenken oder unschädlich machen, bevor nicht die Fahrgäste, die Mannschaft und die Schiffspapiere an einen sicheren Platz gebracht worden sind; ausgenommen sind Fälle, in denen sich Handelsschiffe, die ordnungsgemäß gewarnt worden sind, hartnäckig weigern, anzuhalten oder einem Besuch bezw. einer Durchsuchung aktiven Widerstand entgegensetzen. Die Rettungsboote der Handelsschiffe werden nicht als sicherer Platz angesehen, solange nicht die Sicherheit der Fahrgäste und der Mannschaft unter den bestehenden Wetterbedingungen oder angesichts der Nähe von Land oder der Anwesenheit eines anderen Fahrzeuges, das imstande wäre, sie an Bord zu nehmen, gewährleistet ist.

Das arabische Komitee boykottiert die Palästina-Kommission.

London, 7. November. Das „Hohe arabische Komitee" beschloß Freitag abend, die englische Palästina-Kommission zu boykottieren. Gleichzeitig wurden die Araber in einem Aufruf aufgefordert, die Kommission in ihrer Arbeit nicht zu unterstützen, da die Regierung abgelehnt habe, die jüdische Einwanderung abzustoppen.

Der Beschluß des arabischen Komitees ist eine Folge der Unterbrechung durch den englischen Kolonialminister vom Donnerstag, in der lediglich von einer Herabsetzung der Einwanderungsziffern gesprochen wurde.

Senat mißbilligt die Entgleisungen Blanchos.

Paris, 6. November. Der Senat ist am Freitag in die Aussprache der Interpellation Dumesnil eingetreten, die auf die Begleitumstände der kürzlichen Besichtigungsreise des Unterstaatssekretärs für Kriegsmarine, Blancho, in die französischen Kriegshäfen und Arsenale Bezug nimmt.

Im Oktober, so führte Senator Dumesnil aus, habe Unterstaatssekretär Blancho eine Besichtigungsreise durch die französischen Häfen unternommen; er habe sich auf einer offiziellen Besichtigungsreise befunden und hätte somit gewisse Regeln des Taktes einhalten müssen. Niemals bisher habe sich ein Minister von zwei Admirälen und zwei marxistischen Abgeordneten auf seinen offiziellen Reisen begleiten lassen. Blancho habe seinem Besuch den Charakter einer parteipolitischen Propaganda gegeben: In den Bahnhöfen sei er mit dem Gesang der Internationale und mit erhobenen Fäusten begrüßt worden; er habe ferner geduldet, daß er auch in den Arsenalen mit dem Gesang der Internationale empfangen wurde und dies in Anwesenheit der Marineoffiziere.

Der Präsidentrat und der Marinepräfekt hätten sich in sehr diskreter Weise gegenüber dem Unterstaatssekretär distanziert, indem sie sich während des Gesanges der Internationale aus dem Gefolge zurückzogen. Im Hafen von Lorient habe ein Leutnant zur See, der gleichzeitig Ordonnanzoffizier des Unterstaatssekretärs ist, selbst die Internationale mitgesungen und die Faust zum Gruß erhoben. Inzwischen seien sieben Mann der Besatzung vom U-Boot „Kraiman" vor ein Kriegsgericht geladen worden, weil sie in betrunkenem Zustande die Internationale gesungen haben. „Und Sie, Herr Unterstaatssekretär?" so fragte Senator Dumesnil. Der auf der Regierungsbank sitzende Ministerpräsident Blum konnte bei dieser rethorischen Frage sein Lachen nicht verbeißen. . .

Dies nahm der rechtsstehende Senator Lemery zum Anlaß, um dem Ministerpräsidenten zuzurufen: „Sie haben nicht das Recht, zu lachen; es ist eine Schande!"

Senator Graf de Leuise rief ebenfalls laut aus: „Ein Elsässer, der solchem Schauspiel beiwohnt, kann nur sagen, daß Sie (der Ministerpräsident) entehrt sind!"

Nach den Ausführungen des Senators Dumesnil bestieg Marineminister Gaßnier-Duparc die Tribüne und erklärte, daß ein Minister das Recht habe, seine Reisen zu organisieren, wie er es für richtig halte.

Die Aussprache fand ihren Abschluß mit der Annahme einer Entschließung, in der der Senat sein Bedauern über diesen Zwischenfall zum Ausdruck bringt.

Die Regierung hatte gegen diesen Akt der Mißbilligung des Senats nicht die Vertrauensfrage gestellt.

Der Senat trat anschließend in die Aussprache der Interpellation des Senators Desjardins ein, die die politischen Eingriffe verschiedener Minister und führender Mitglieder der Volksfront in die gerichtliche Untersuchung der Angelegenheit Formysin zum Gegenstand hatte.

Bekanntlich war Formysin in Soissons von marxistischen Gegnern überfallen, in einem Scheingerichtsverfahren zum Tode verurteilt und dann schwer mißhandelt worden. Der Senator Desjardins verlangte nun Aufklärung über die Vorgänge, die die Tiefe in dieser Angelegenheit auf Grund der Fürsprache von führenden Volksfrontlern erfahren sollten.

Nachdem Justizminister Rucard versuchte hatte, die Haltung der Gerichtsbehörden zu rechtfertigen, nahm der Senat nach endloser Aussprache mit 161 zu 134 Stimmen eine Entschließung an, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Erklärungen des Ministers zur Kenntnis genommen werden.

Die nationalen Vorhuten im Weichbild Madrids.

Salamanca, 6. November. Die nationalen Truppen haben am Freitag um 13 Uhr in ihrem weiteren Vormarsch auf Madrid die Vororte Retamares und Villaverde genommen. **Eine Abteilung ist von Carabanchel Alto aus in die Vorstadt Carabanchel Bajo eingedrungen.**

Damit sind die Vorhuten der Nationalisten bis auf 5 km an die Stadtmitte herangerückt. Sie befinden sich bereits im eigentlichen Weichbild Madrids.

Der Vormarsch hat gleichzeitig auf der Straße Toledo—Madrid und auf der Straße Aranjuez—Madrid stattgefunden. Während des Vormarsches wurden drei sowjetrussische Jagdflugzeuge von nationalen Fliegern abgeschossen. Zahlreiche Häuser in Madrid zeigen weiße Fahnen. Die roten Milizen ziehen sich fluchtartig zurück. Der Ausnahmezustand hat die Straße Madrid—Valencia völlig verstopft. Bei den roten Horden ist von irgendwelcher Disziplin oder Gehorsam gegenüber ihren militärischen Führern keine Rede mehr.

Unter der Bevölkerung der befreiten Gebiete und bei den siegreichen nationalen Truppen herrscht ungeheure Begeisterung.

Die kommunistische Madrider Zeitung Mundo Obrero veröffentlicht einen Artikel, in dem der Sowjetunion für die bisherigen Waffen- und Munitionslieferungen der besondere Dank des roten Spaniens ausgesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß diese Lieferungen in verstärktem Maße fortgesetzt werden.

Der rote Sender Madrid hat erneut an sämtliche roten Milizsoldaten und an alle Kraftwagenführer Gestellungsbefehle erlassen. Wer bis Freitag 17 Uhr dem Befehl nicht Folge geleistet hätte, sollte erschossen werden. Das rote „Innenministerium" hat alle „antifaschistischen" Frauen aufgefordert, sich sofort in den Lazaretten und Krankenhäusern zur Verfügung zu stellen.

Britische Wache in Addis Abeba wird zurückgezogen.

Rom, 6. November. Der englische Botschafter hat am Freitag abend dem italienischen Außenminister den Beschluß seiner Regierung mitgeteilt, die zum Schutze der englischen Gesandtschaft in Addis Abeba stehende Abteilung indischer Truppen zurückzuziehen und die italienischen Behörden zu ersuchen, den Schutz der Beamten der Gesandtschaft zu übernehmen.

Vom italienischen Außenminister Graf Ciano wurden entsprechende Zusicherungen gegeben, worauf der englische Botschafter erklärte, daß der Beschluß schnell zur Durchführung gebracht werden solle. Graf Ciano hat daraufhin zum Ausdruck gebracht, daß seine Regierung den Beschluß zu schätzen wisse.

Aufsehenerregende Verhaftung in Rumänien.

Bukarest, 6. November. Den rumänischen Behörden ist es gelungen, aufsehenerregende Beziehungen aufzudecken, die zwischen einem politisch tätigen rumänischen Rechtsanwalt und der Kommunistischen Partei Frankreichs, anscheinend bereits seit längerer Zeit bestanden. Der Rechtsanwalt Radu Olteanu, Mitglied der Nationalzaranistischen Partei (Radikale Bauernpartei), wurde am Freitag verhaftet. In seiner Wohnung wurden zahlreiche Akten gefunden, die den Beweis für seine Beziehungen zu den französischen Kommunisten erbracht zu haben scheinen.

Gleichzeitig wird gemeldet, daß in Jassy, in Kischinew und Czernowitz kommunistische Zellen aufgedeckt wurden. In diesen Städten wurden je 40 bis 50 Personen in Haft genommen. Die Mehrzahl der Verhafteten sind Juden.

Todesurteil im Leobener Mordprozeß.

Wien, 6. November. Der aufsehenerregende Prozeß gegen Karl Strasser vor dem Kreisgericht Leoben endete mit dem Todesurteil gegen den Angeklagten. Strasser hatte im September vorigen Jahres die Gattin eines rumänischen Obersten im D-Zug Bukarest—Paris ermordet.

Bemühungen um Beilegung des Kilung-Zwischenfalls.

Tokio, 6. November. Der britische Botschafter Sir Robert Clive stattete am Freitag dem Stellv. Außenminister einen Besuch ab. In politischen Kreisen wird vermutet, daß der Botschafter die Beilegung des englisch-japanischen Zwischenfalls von Kilung vorgeschlagen habe. Der Botschafter habe dabei vorausgesetzt, daß auch die japanische Regierung eine entgegenkommende Haltung einnehmen werde, nachdem die englischen Matrosen bereits ihr Bedauern ausgesprochen hätten.

Hull über die interamerikanische Friedenskonferenz.

Washington, 6. November. Außenminister Hull, der am Sonnabend als Führer der Abordnung der Vereinigten Staaten nach Buenos Aires zur Teilnahme an der am 1. Dezember dort beginnenden internationalen Friedenskonferenz fährt, empfing am Freitag die Abordnung einer für den Weltfrieden arbeitenden amerikanischen Organisation.

Die Vertreter dieser Organisation erklärten, das amerikanische Volk habe durch die Wiederwahl Roosevelts die Außenpolitik des „guten Nachbarn" so nachdrücklich bejaht, daß die Regierung nun das Recht und den Auftrag habe, energische Schritte zur Sicherung des Weltfriedens zu unternehmen.

Hull antwortete, die Konferenz in Buenos Aires werde der Festigung des Vertrauens zur Erhaltung des Friedens dienen. Gleichzeitig müßten die vielseitigen Fragen erkannt und studiert werden, von deren Lösung die Erhaltung des Friedens größtenteils abhänge.

Präsident Roosevelt kehrte Freitag früh nach Washington zurück, begrüßt vom gesamten Kabinett und einer nach Hunderttausenden zählenden Menschenmenge, die die Straßen vom Bahnhof bis zum Weißen Haus umsäumte und ihrem „guten Nachbar" ein brausendes Willkommen zurief. Roosevelt dankte in kurzer Ansprache für die Begrüßung und begab sich dann in seine Kanzlei.

Später hielt der Präsident seine erste Pressekonferenz nach dem Wahlsieg ab. Er teilte mit, daß er vielleicht an der Konferenz in Buenos Aires teilnehmen werde. Das hänge aber von der Erledigung anderer Aufgaben ab.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.